

rüstung weiter vertieft hat. Sie umfaßt heute alle Seiten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens, der Innen- und Außenpolitik.

Rückgang der wirtschaftlichen Zuwachsraten, ständig steigende Inflationsraten, finanzielle Zerrüttung der Großstädte, Stagnation oder Rückgang des Realeinkommens großer Teile der Arbeiterklasse, Existenzbedrohung der Klein- und Familienfarmer, Verringerung der öffentlichen Ausgaben für Bildung, Kultur, Sozial- und Gesundheitswesen sind nur einige der Hauptfaktoren, die Ausdruck dieser umfassenden Krise sind.

Die bisherige Zunahme der Arbeitslosigkeit ist ein besonders markantes Beispiel für die monopolistischen Ausbeutungspraktiken in der Krisenzeit. Allein in den Monaten April und Mai 1980 stieg die Arbeitslosenzahl in den USA um 1,7 Millionen auf insgesamt 8,2 Millionen.

Besonders betroffen von diesen Krisenerscheinungen sind die 30 Millionen Afroamerikaner, die Chicanos (Amerikaner mexikanischer Abstammung), die Puertorikaner, die Amerikaner asiatischer Herkunft und die indianischen Ureinwohner. Ihrem Kampf um rassische, soziale und politische Gleichberechtigung, die bisher zwar formal erreicht, aber praktisch nur auf dem Papier steht, widmet die Partei besondere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig stellt sie die Aufgabe, die Einheit der amerikanischen Arbeiterklasse herzustellen. Tatsache ist, daß die Existenzbedingungen und Interessen der amerikanischen Arbeiter weißer Hautfarbe und die der Arbeiter anderer Nationalitäten nicht nur objektiv die gleichen sind, sondern sich durch die verhängnisvollen Auswirkungen der Krise in zunehmendem Maße angleichen. Eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse, die sich nach und

nach aus den Fesseln der reaktionären Führungsclique der AFL/CIO-Gewerkschaften befreien kann, soll zur Basis einer breiten antimonopolistischen Koalition werden, die auch andere Werktätige und ausgebeutete Schichten umfaßt.

Sowohl der im vergangenen Jahr verstorbene Vorsitzende der AFL/CIO Meany wie auch sein Nachfolger Kirkland sind Verfechter eines militanten antikommunistischen Kurses. Unter ihrer Führung sollen die Gewerkschaften in ein willfähiges Instrument der großen Monopolparteien, insbesondere der Demokratischen Partei, umgewandelt werden, was sich

Fakten über die KP der USA

Gründung: 1. September 1919

Mitglieder: 18000

Nationalvorsitzender: Henry Winston

Generalsekretär: Gus Hall

Tageszeitung: Daily World

Theoretisches Organ: Political Affairs

unter anderem in der Unterstützung der von Carter betriebenen Boykottpolitik gegen die UdSSR ausdrückt.

Die möglichst umfassende Propagierung dieser Ziele und Aufgaben der Partei, die Intensivierung des Kampfes gegen den Rassismus, für demokratische gesellschaftliche Veränderungen, für Frieden und Abrüstung stehen deshalb im Zentrum der Aktivitäten der Partei im Wahljahr 1980. Mit ihrer Beteiligung am Wahlkampf wollen die Kommunisten erreichen, daß die Stimme der Partei, ihr antimonopolistisches Programm von Millionen Wählern gehört wird und sich daraus über eine längere Periode neue Kräfte entwickeln, die sich diesem Kampf anschließen.

Die Nominierung von Gus Hall als Präsidentschaftskandidat und von Angela Davis als Vizepräsidentschaftskandidat

wurde von der Partei mit der Absicht verbunden, ihre Zulassung als offizielle Kandidaten in 30 Bundesstaaten zu erreichen. Angesichts der reaktionären und diskriminierenden Wahlgesetzgebung in den Bundesstaaten der USA würde die Realisierung dieses Zieles einen großen politischen Erfolg für die Kommunisten darstellen, denn 1968 wurden die Kandidaten der KP lediglich in zwei und 1976 in 19 Bundesstaaten offiziell zugelassen.

Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate machen allerdings deutlich, daß der USA-Regierung und den Behörden der Bundesstaaten nach wie vor jedes Mittel recht ist, die KP der USA vom Wahlkampf auszuschließen. So ist es der Kommunistischen Partei zum Beispiel im Bundesstaat Texas auf Grund der dort bestehenden Wahlgesetzgebung verboten, Kandidaten für Präsidentschafts- und Kongreßwahlen aufzustellen. In anderen Bundesstaaten wird versucht, durch finanzielle und formaljuristische Hindernisse sowie politische Diskriminierung und Gewaltandrohung die Nominierung kommunistischer Kandidaten zu erschweren bzw. zu verhindern. (Siehe dazu „Hürden im Wahlkampf der KP der USA“, in: „Neues Deutschland“ vom 10. April 1980)

Die Kommunisten der USA lassen sich von diesen antikommunistischen, undemokratischen Mitteln und Praktiken nicht einschüchtern, sondern kämpfen mit Opfermut und Optimismus für die Erweiterung des Einflusses der Partei, für die Schaffung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses, dessen Entwicklung und Festigung im Interesse aller Werktätigen der Vereinigten Staaten von Amerika liegt.